

Zittern vor dem Covid-Zeugnis

Stand: 13.06.2022 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Tim Röhn**, Benjamin Stibi



Gesundheitsminister Karl Lauterbach

Quelle: AP

Die Bewertung der Pandemie-Maßnahmen durch einen Sachverständigenausschuss ist fast fertig. Offenbar wird ein Großteil der Grundrechtseinschränkungen als nutzlos eingestuft. Der Streit um die Deutungshoheit hat begonnen.

Dass die Damen und Herren überhaupt etwas zu Papier bringen, vor sieben Wochen war damit nicht zu rechnen. Am 22. April hatte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) den Sachverständigenausschuss, der die Corona-Maßnahmen evaluiert, informiert, dass der Auftrag doch nicht bis zum 30. Juni erfüllt werden müsse – entweder gebe es eine Verlängerung oder gar eine neue Ausschreibung. So steht es in einer E-Mail, die der Ausschussvorsitzende Stefan Huster nach dem Gespräch mit Lauterbach an die Evaluierer schickte – und die WELT AM SONNTAG kurz darauf publik machte (</politik/plus238362219/Karl-Lauterbach-behindert-offenbar-Evaluierung-der-Corona-Massnahmen.html>).

Es war ein Plan, der krachend scheiterte. Die Fraktionen lehnten Lauterbachs Vorstoß ab (</politik/deutschland/plus238711205/Corona-Evaluierung-Selbst-die-Ampel-laesst->

Lauterbach-auflaufen.html), und heute ist klar: Das deutsche Corona-Zeugnis wird rechtzeitig fertig – ganz so, wie es das Infektionsschutzgesetz (IfSG) vorsieht. Und vieles deutet darauf hin, dass dieses Zeugnis für die politischen Entscheidungsträger kein Ruhmesblatt wird. Bis auf die Maskenpflicht in Innenräumen würden die Maßnahmen als nutzlos eingestuft, schrieb die „SZ“ am Dienstag und bezog sich auf einen nicht näher benannten Berichtsentwurf.

Nun ist es nach Informationen von WELT AM SONNTAG so, dass seit Mitte Mai halbfertige Texte, Textbausteine, Quellenangaben, Anregungen und Kritik innerhalb der Gruppe hin und her geschickt werden. In Videokonferenzen wird intensiv über verschiedene Aspekte diskutiert – zuletzt am Mittwoch, als der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr erstmals dabei war. Der Ex-Leiter des globalen Influenza-Programms der Weltgesundheitsorganisation war für Charité-Virologe Christian Drosten nachgerückt, der im April den Ausschuss verlassen hatte. Drosten hält eine Evaluierung mangels ausreichender Daten und angesichts der seiner Meinung nach unzureichenden Ausstattung der Gruppe für nicht machbar.

Nun also Stöhr. „Die Arbeit des Sachverständigenausschusses ist verständlicherweise so kurz vor dem Abgabetermin relativ weit vorangeschritten“, sagte er dieser Zeitung. Man würde versuchen, ihn schnellstmöglich in die Arbeit einzubinden und die vorhandenen Kapitel mit zu evaluieren. In der Kürze der Zeit könne er nicht alle Kapitel in Tiefe und Breite bearbeiten: „Aber ich versuche, zumindest die Hauptkapitel noch zu kommentieren.“ Ende kommender Woche soll dann ein gemeinsamer finaler Report stehen.

Angesichts dieser volatilen Lage mutet es ein wenig abstrus an, dass die „SZ“ schrieb, die Arbeit würde von „Fachleuten“ „verrissen“. Von anonymen Fachleuten, wohlgemerkt. Huster und der Bonner Virologe Hendrik Streeck, Ratsmitglied und einer der Autoren der Entwürfe, echauffierten sich über die Vorwürfe der Zeitung bei Twitter

(<https://twitter.com/hendrikstreeck/status/153425494776311298?s=20&t=FQXFDolEJj00jJmWxuYfvQ>).

Der Vorgang ist typisch für die emotional aufgeladene Debatte um die Evaluierung, deren Bedeutung von einem Teil der Regierung kleingeredet wird. Noch vor der Veröffentlichung des Berichts wollen etwa die Grünen die Festlegung von neuen Maßnahmen für die Zeit nach dem Auslaufen des aktuellen IfSG am 23. September.

Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt twitterte

(<https://twitter.com/GoeringEckardt/status/1532994812558835712?s=20&t=FQXFDo1EJj00jJmWXuYfvQ>), Einschränkungen dürften nicht erst beschlossen werden,

„wenn die Herbst-Welle vor der Tür steht“. Die Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge wollen 2G, 3G, Masken- und Testpflicht. Eine Anfrage dieser Zeitung, auf welche wissenschaftliche Evidenz sich Dröge für den positiven Nutzen etwa von 2G und 3G berufe, beantwortete sie nicht. Die SPD-Bundestagsfraktion wollte sich ebenfalls nicht zur Thematik äußern.

Minister Lauterbach hatte zuletzt klargemacht, dass zumindest die Rückkehr der Maskenpflicht schnellstmöglich festgeschrieben werden müsse – unabhängig von der Tatsache, dass die Krankheitslast durch Covid mittlerweile rapide gesunken ist.

Woher all die Eile rührt? Schon vor der „SZ“-Berichterstattung war innerhalb des Rats darüber spekuliert worden, ob Mitglieder Zwischenergebnisse der Evaluierung an die Politik durchstechen würden. Und ob einige Entscheidungsträger angesichts dessen schnellstmöglich Fakten schaffen wollen – noch bevor das Zeugnis öffentlich wird. Wusste etwa Lauterbach davon? Hatte ihn der Ratsvorsitzende Huster informiert? Auf Anfrage teilte das Gesundheitsministerium mit: „Mit Prof. Huster ist der Minister in regelmäßigem Kontakt. Der Inhalt dieses Austausches ist vertraulich.“

Das Vorgehen von SPD und Grünen sorgt selbst innerhalb der Ampel für Verstimmung. Mehrere FDP-Abgeordnete erklärten, nur jene Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die positiv evaluiert wurden. Und Justizminister Marco Buschmann sagte am Mittwoch in der ARD: „Wir haben nach der Sommerpause zwei Sitzungswochen des Deutschen Bundestags, um ein ganz geordnetes reguläres Gesetzgebungsverfahren zu durchlaufen.“ Aus seinem Haus ist zu hören, dass es keinerlei Kompromisse geben werde.

Und selbst die Union fordert Geduld. „Bedenkt man die Reichweite früherer Maßnahmen und die Kollateralschäden, ist eine konsequente Evaluation unverzichtbar“, sagte Tino Sorge, gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion dieser Zeitung: „Es wäre fatal, diese wichtige Arbeit schon im Vorfeld zu diskreditieren. Der gesetzliche Auftrag gilt – auch wenn manche Erkenntnis unbequem sein könnte.“ Man müsse, so Sorge, auch Fehler eingestehen können.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239285057>